

Ihre Renteninformation

 **42 Prozent** werden von ihrer gesetzlichen Rente nicht leben können

 **69 Prozent** erhalten gar keine oder nur geringfügige Angebote zur betrieblichen Altersvorsorge

438,16 EUR

471,35 EUR

568,75 EUR

Renteninformation

Aufgrund zukünftiger Rentenanpassungen kann die errechnete Rente in Höhe von 568,75 EUR tatsächlich höher ausfallen. Allerdings können auch wir die Entwicklung nicht vorhersehen.

Deshalb haben wir - ohne Berücksichtigung des Kaufkraftverlustes - zwei mögliche Varianten für Sie gerechnet. Beträgt der jährliche Anpassungssatz 1 Prozent, so ergäbe sich eine monatliche Rente von etwa 600 EUR. Bei einem jährlichen Anpassungssatz von 2 Prozent ergäbe sich eine monatliche Rente von etwa 650 EUR.

Zusätzlicher Vorsorgebedarf

So beurteilen die Beschäftigten die Rentenlage

Ergebnisse der Repräsentativumfrage des Instituts DGB-Index Gute Arbeit 2013



Vorwort

Demografie-Reserve aufbauen, gesetzliche Rentenversicherung stärken, betriebliche Altersvorsorge ausweiten

In den letzten vier Jahren wurde viel über Altersarmut diskutiert. Die Einsicht, dass bei der Rente eine Zeitbombe tickt, hat die Politik erreicht. Trotzdem hat die Koalition aus CDU/CSU und FDP die gesamte Legislaturperiode vergeudet und nicht einen Deut zur Stabilisierung der Rente auf den Weg gebracht. Dies muss sich dringend ändern. Die neue Wahlperiode wird entscheidend für die Zukunft der Renten bis zum Jahr 2030 und darüber hinaus sein.

Der Grund ist einfach – es geht ums Geld. Wenn der Beitragssatz in der gesetzlichen Rentenversicherung von der Bundesregierung 2014 erneut gesenkt wird, wären die Reserven schon in den nächsten vier Jahren dahin – und damit auf lange Sicht auch die Spielräume für die nötige Stabilisierung der Rente. Dann würde das Rentenniveau weiter sinken, selbst wenn die Beiträge später erhöht werden. Genau dieses – schon heute deutlich absehbare – Szenario gilt es zu vermeiden. Das DGB-Rentenmodell zeigt, dass es möglich ist, wenn ab sofort damit begonnen wird, eine solidarische Demografie-Reserve aufzubauen.

Wie nötig eine Stabilisierung der Rente ist, belegt die Repräsentativumfrage zum DGB-Index Gute Arbeit 2013: Nur 18 Prozent der Beschäftigten gehen davon aus, dass sie später gut oder sehr gut von ihrer Rente leben können. Vier von zehn rechnen dagegen damit,

dass sie später gar nicht von ihrer Rente leben können werden, und ebenso viele nehmen an, dass es gerade so ausreichen wird.

Aber auch die betriebliche Altersvorsorge ist insgesamt schwach entwickelt und kann die größer werdenden Lücken bei der gesetzlichen Rente nicht stopfen. Auch das zeigt die Repräsentativumfrage unter den Beschäftigten: Ausgerechnet diejenigen, die eine zusätzliche Betriebsrente am dringendsten brauchen, sind am schlechtesten damit versorgt.

Die neue Wahlperiode muss deshalb dafür genutzt werden, beide Säulen zu stärken. Die gesetzliche Rentenversicherung kann und muss durch den Aufbau einer Demografie-Reserve zukunftsfest gemacht werden. So ist es möglich, eine weitere Absenkung des Rentenniveaus zumindest zu verhindern, die Erwerbsminderungsrente, die heute im Schnitt unter Grundsicherungsniveau liegt, deutlich anzuheben und die Rente mit 67 auszusetzen. Gleichzeitig muss die betriebliche Altersvorsorge ausgebaut werden. Nötig dafür sind die Stärkung des Tarifsystems und eine Ausweitung der Vorsorgeangebote durch die Arbeitgeber.

Wird dieser Weg beschritten, ist die drohende Altersarmut abzuwenden. Die neue Bundesregierung hat es in der Hand – und darf diese Chance nicht verspielen.

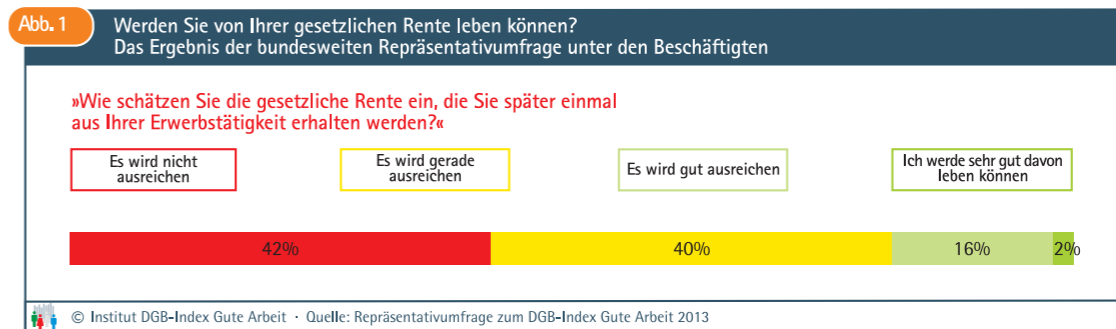
Annelie Buntenbach

Annelie Buntenbach
Mitglied des geschäftsführenden
Bundesvorstandes des Deutschen
Gewerkschaftsbundes DGB

Höhe der Rente, Betriebliche Altersvorsorge - die zentralen Ergebnisse

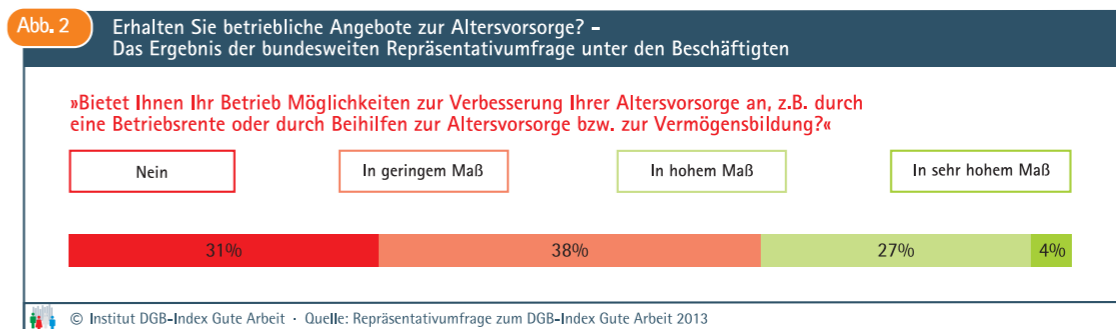
42 Prozent der Beschäftigten in Deutschland gehen davon aus, dass sie von ihrer gesetzlichen Rente später nicht leben können werden. Das ist das zentrale Ergebnis der bundesweiten Repräsentativumfrage, die das *Institut DGB-Index Gute Arbeit* im

Sommer 2013 unter 5.793 Beschäftigten durchgeführt hat (siehe *Abbildung 1*). Weitere 40 Prozent rechnen damit, dass ihre Rente gerade ausreichen wird, und nur insgesamt 18 Prozent erwarten, dass sie gut oder sehr gut davon leben können werden.



Die Rentenlage ist umso gravierender, als die betriebliche Altersvorsorge aus Sicht der Beschäftigten für mehr als zwei Drittel von ihnen nicht greift (*Abbildung 2*). Insgesamt 69 Prozent der Beschäftigten geben an, dass sie entweder gar keine (31 Prozent) oder nur in geringem Maße

(38 Prozent) Angebote zur betrieblichen Altersvorsorge erhalten, z.B. durch Betriebsrenten oder finanzielle Beihilfen. Die wenigsten Angebote bekommen dabei ausgerechnet jene, deren gesetzliche Rente zum Leben später nicht reichen wird (*siehe Abbildungen 3 und 12*).

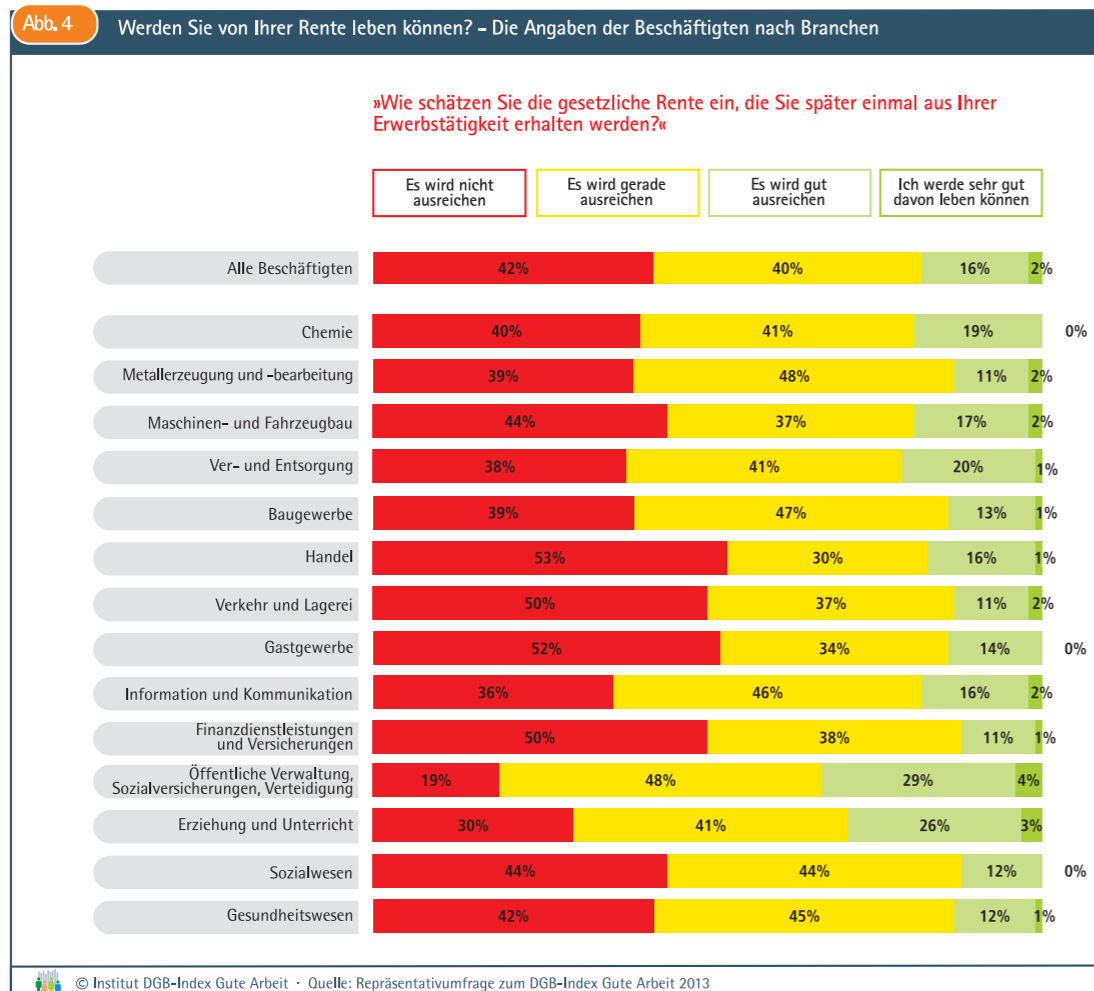


1. Die Höhe der Rente

1.1. Das Ergebnis nach Branchen

Im Handel und im Gastgewerbe gehen mehr als die Hälfte der Beschäftigten davon aus, dass sie von ihrer gesetzlichen Rente ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten können werden. Mit 53 bzw. 52 Prozent – das sind 11 bzw. 10 Prozentpunkte über dem Durchschnitt für bundesweit alle Beschäftigten – ist für diese beiden Branchen der größte Anteil Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dokumentiert, die »Es wird nicht ausreichen« antworten. Selbst unter den Beschäftigten im Sektor Finanz-

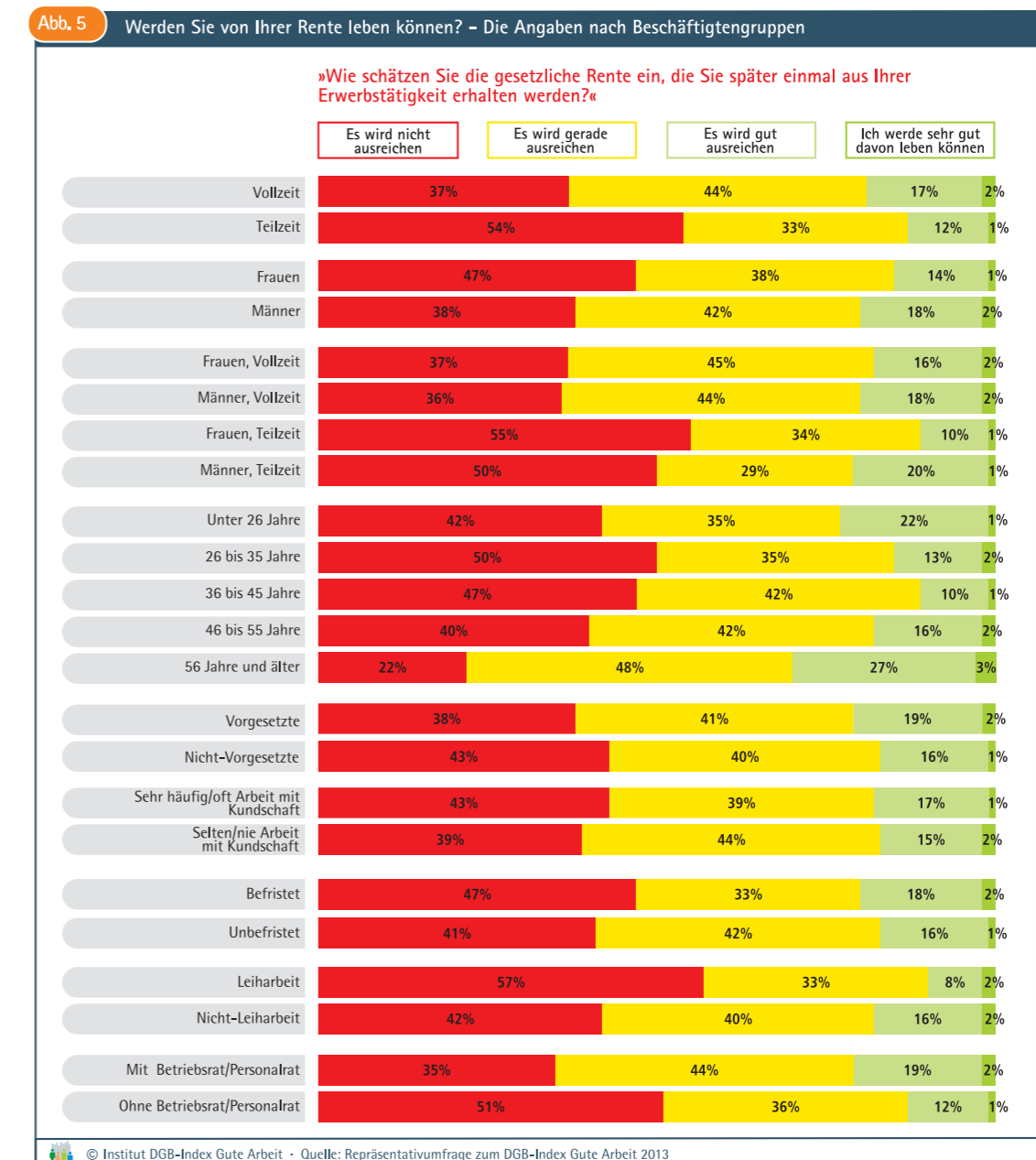
dienstleistungen und Versicherungen beträgt dieser Anteil 50 Prozent. Hoch ist die Quote allerdings auch in den anderen Branchen. Nur in einem einzigen der in **Abbildung 5** ausgewiesenen Wirtschaftszweige rechnen weniger als 30 Prozent damit, dass es nicht langens wird. Aber auch in dieser einen Branche, in der Öffentlichen Verwaltung, geht ein Fünftel (19 Prozent) der Beschäftigten davon aus, dass sie von ihrer gesetzlichen Rente ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten können werden.



1.2. Das Ergebnis nach Beschäftigtengruppen

Die Auswertung des Umfrage nach Beschäftigtengruppen (**Abbildung 5**) zeigt mit 22 Prozent – und das ist immer noch mehr als jede/r Fünfte – nur unter den ältesten Beschäftigten einen deutlich unterdurchschnittlichen Anteil der »Es wird nicht reichen«-Antworten. Acht Prozentpunkte über dem Durchschnitt liegt die Quote hingegen in

der Gruppe der 26- bis 35-Jährigen mit 50 Prozent. Noch höher liegt der Anteil unter den Leiharbeits-Beschäftigten mit 57 Prozent, unter den Teilzeit-Arbeitenden mit insgesamt 54 Prozent (55 Prozent unter den Arbeitnehmerinnen) sowie unter Beschäftigten in Betrieben, in denen es keinen Betriebs- oder Personalrat gibt, mit 51 Prozent.



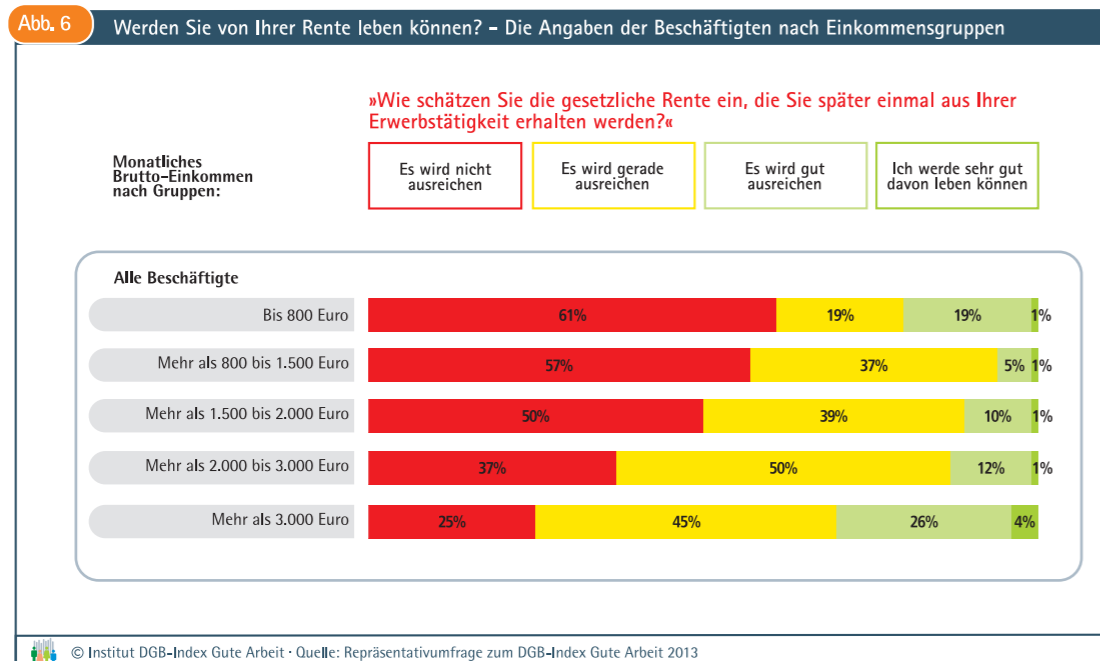
1.3. Das Ergebnis nach Einkommensgruppen

In **Abbildung 6** ist der Zusammenhang zwischen der Höhe des derzeitigen Einkommens der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihren Einschätzungen zur Höhe ihrer Rente dokumentiert. Obwohl für deren Berechnung das gesamte sog. Versicherungsleben der Beschäftigten herangezogen wird, überrascht es wenig, dass in den höheren Einkommenssektoren öfter mit auskömmlichen Renten gerechnet wird.

Bemerkenswert ist allerdings, dass erst in den Einkommensgruppen oberhalb von monatlich 2.000 Euro brutto mehr als die Hälfte der Beschäftigten davon ausgehen, dass sie von ihrer Rente leben können werden, und auch in diesem Einkommenssektor ein beträchtlicher Anteil der Beschäftig-

ten ihre Rentenlage als prekär einschätzen. So rechnen etwa in der Gruppe mit einem derzeitigen Monateinkommen von mehr als 3.000 Euro brutto genau ein Viertel der Beschäftigten damit, dass ihre Rente zum Leben nicht reichen wird.

Nur geringfügig ändert sich das Bild, wenn nur die Angaben der Vollzeit-Arbeitenden (mehr als 34 Wochenstunden) berücksichtigt werden. Von den Vollzeit-Beschäftigten, die derzeit 800 bis 1.500 Euro brutto im Monat verdienen, gehen 57 Prozent davon aus, dass ihre Rente zum Leben nicht reichen wird, in der Gruppe 1.501 bis 2.000 Euro sind es 49 Prozent, im Bereich 2.001 bis 3.000 Euro 37 Prozent und in der Gruppe mit über 3.000 Euro 26 Prozent.

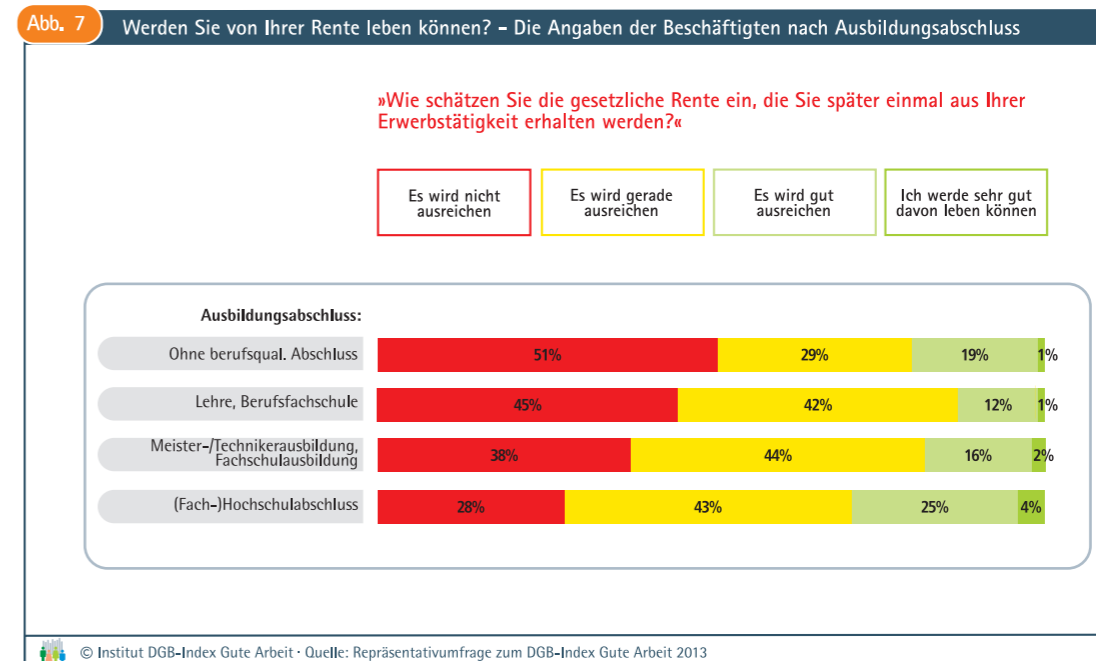


1.4. Das Ergebnis nach Ausbildungsabschluss

Die Auswertung der bundesweiten Repräsentativumfrage nach Branchen (**Abbildung 4**), Beschäftigtengruppen (**Abbildung 5**) und Einkommensgruppen (**Abbildung 6**) zeigt in einer Hinsicht ein einschlägiges Ergebnis: Der Anteil der Beschäftigten, deren gesetzliche Rente so niedrig ausfallen wird, dass sie davon ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten können werden, ist unter allen Gruppen beträchtlich. Zu einem ähnlichen Resultat führt die Auswertung der Ergebnisse getrennt nach dem Ausbildungsabschluss der Beschäftigten.

Abbildung 7 liefert starke Indizien dafür, dass die insgesamt prekäre Rentenlage in Deutschland nicht primär aus Defiziten bei der berufsqualifizierenden Ausbildung der

Beschäftigten zurückzuführen ist. Zwar ist unter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die über einen höheren Ausbildungsabschluss verfügen, der Anteil derjenigen größer, die nach eigener Einschätzung von ihrer gesetzlichen Rente später leben können. Doch auch unter den Hochschul- und FachhochschulabsolventInnen sind es immer noch 28 Prozent, die davon ausgehen, dass ihre Rente zum Leben nicht reichen wird. Weitere 43 Prozent dieser Gruppe gehen davon aus, dass ihre Rente »gerade ausreichen« wird. Und nur insgesamt 29 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die einen Hochschul- oder Fachhochschulabschluss haben, rechnen damit, dass sie von ihrer gesetzlichen Rente gut (25 Prozent) oder sehr gut (4 Prozent) leben können werden.



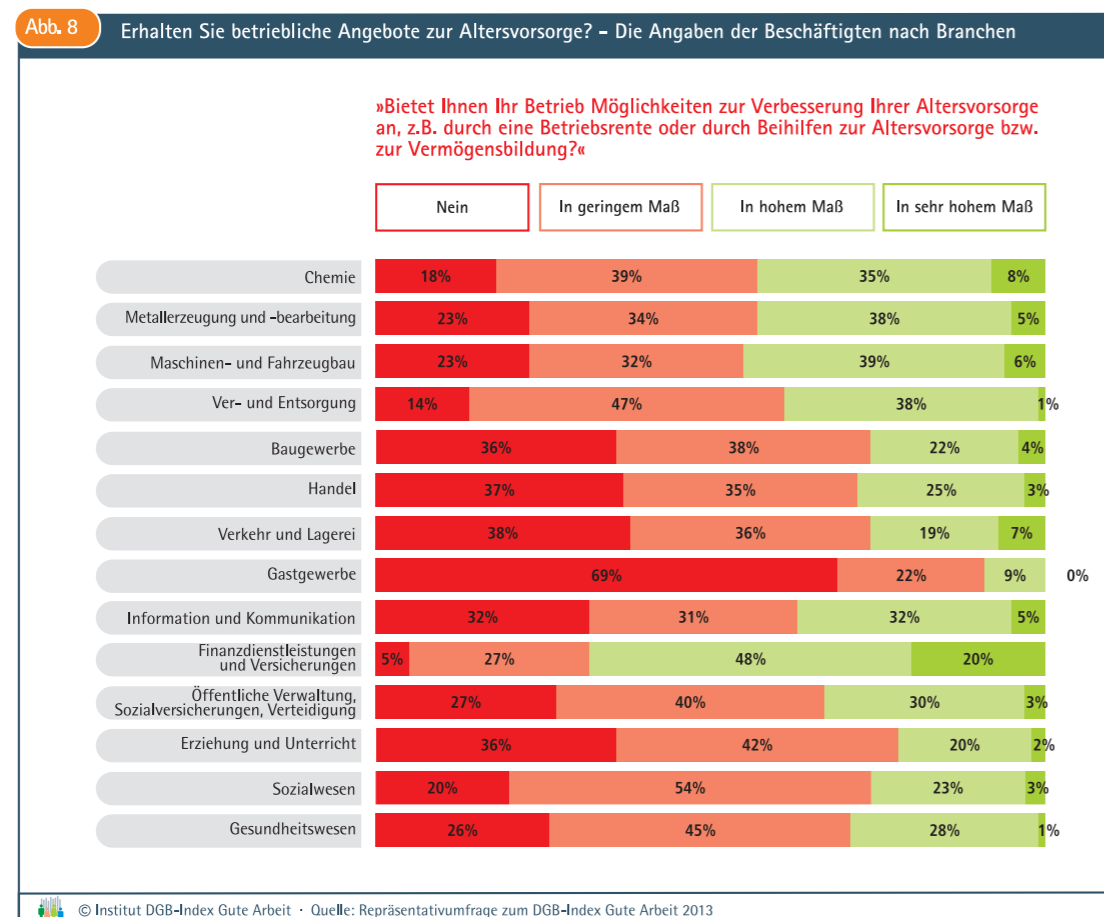
2. Betriebliche Altersvorsorge

2.1. Das Ergebnis nach Branchen

In den Augen der Beschäftigten ist es mit einer Ausnahme in allen Branchen mäßig bis schlecht um die betrieblichen Vorsorgemöglichkeiten für die Alterssicherung (Betriebsrenten, Zuschüsse etc.) bestellt. **Abbildung 8** dokumentiert: In sieben der vierzehn Branchen gibt es für jeweils mehr als 70 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer keine oder nur geringfügige Angebote zur Altersvorsorge, und nur in einer Branche liegt dieser Anteil bei weniger als 55 Prozent.

Diese eine Ausnahme bildet der Bereich Finanzdienstleistungen und Versicherungen.

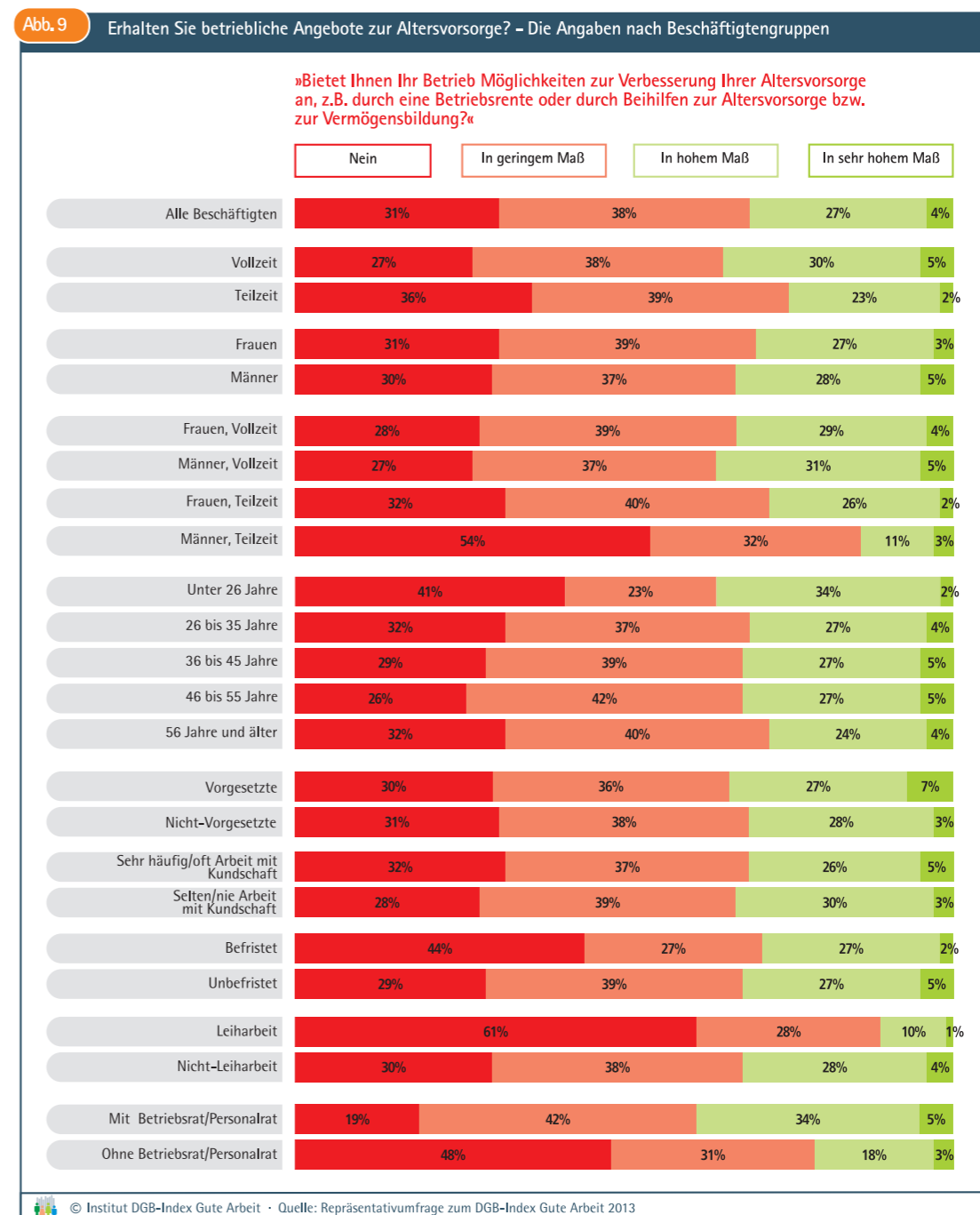
Von den dort Beschäftigten bekommen insgesamt 68 Prozent betriebliche Angebote in hohem (48 Prozent) oder sehr hohem Maße (20 Prozent). Besonders schlecht treffen es hingegen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Gastgewerbe an, in dem insgesamt 91 Prozent keine (69 Prozent) oder nur geringfügige Angebote bekommen. Am zweit schlechtesten sind die Verhältnisse im Bereich Erziehung und Unterricht. Dort werden insgesamt 78 Prozent der Beschäftigten gar keine (36 Prozent) oder nur geringfügige (42 Prozent) Möglichkeiten zur Altersvorsorge auf betrieblicher Ebene geboten.



2.2. Das Ergebnis nach Beschäftigtengruppen

Ein durchgängig mäßiges bis schlechtes Ergebnis in Sachen betriebliche Altersvorsorge dokumentiert **Abbildung 9**: Nur in 5 der 23 Gruppen sind es mehr als ein Drittel, in keiner aber mehr als 39 Prozent, denen die entsprechenden Möglichkeiten

in hohem oder sehr hohem Maße geboten werden. Von den LeiharbeiterInnen sind es überhaupt nur 11 Prozent, von den Teilzeit arbeitenden Männern 14 Prozent und von den Beschäftigten in Betrieben ohne Betriebs- oder Personalrat 21 Prozent.



2.3. Das Ergebnis nach Einkommensgruppen und nach Betriebsgrößen

Beschäftigte, die über die geringsten Mittel zur Eigenvorsorge verfügen, bekommen insgesamt am wenigsten Unterstützung durch Betriebsrenten und andere betriebliche Hilfen zur Alterssicherung. Dieser Zusammenhang wird aus **Abbildung 10** deutlich. In der untersten Einkommensgruppe sind es nur 18 Prozent und in der Gruppe mit einem Monatseinkommen

zwischen 800 und 1.500 Euro 23 Prozent, denen solche Möglichkeiten in sehr hohem oder hohem Maße geboten werden.

Ähnlich schmal ist das betriebliche Angebot im Bereich der Kleinbetriebe (**Abbildung 11**). Allerdings wissen auch in den Großbetrieben nur 53 Prozent von Vorsorgeangeboten in höherem Umfang zu berichten.

Abb. 10 Erhalten Sie betriebliche Angebote zur Altersvorsorge? – Die Angaben nach Einkommensgruppen

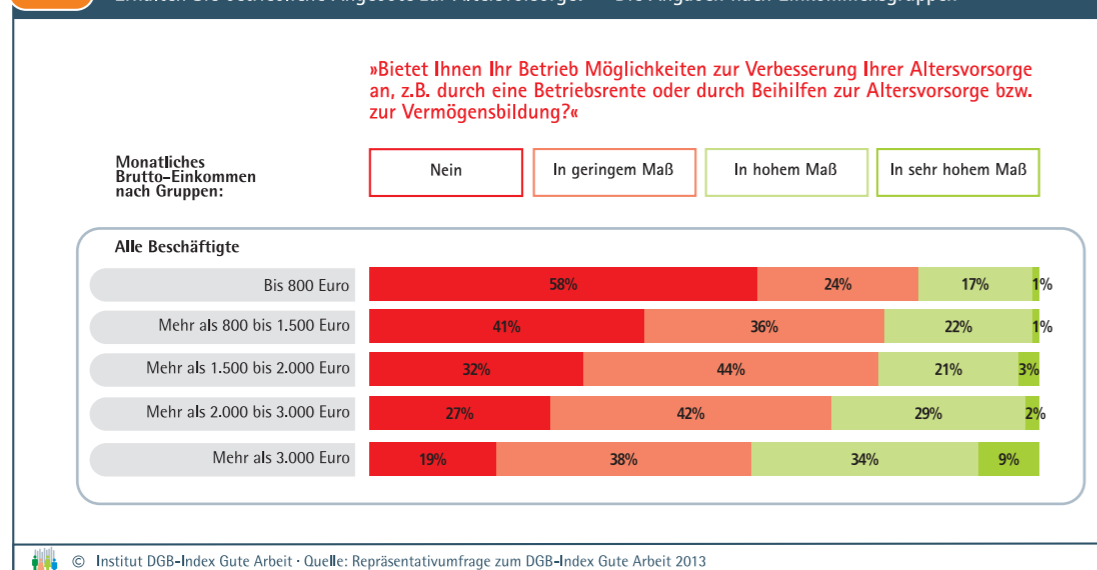
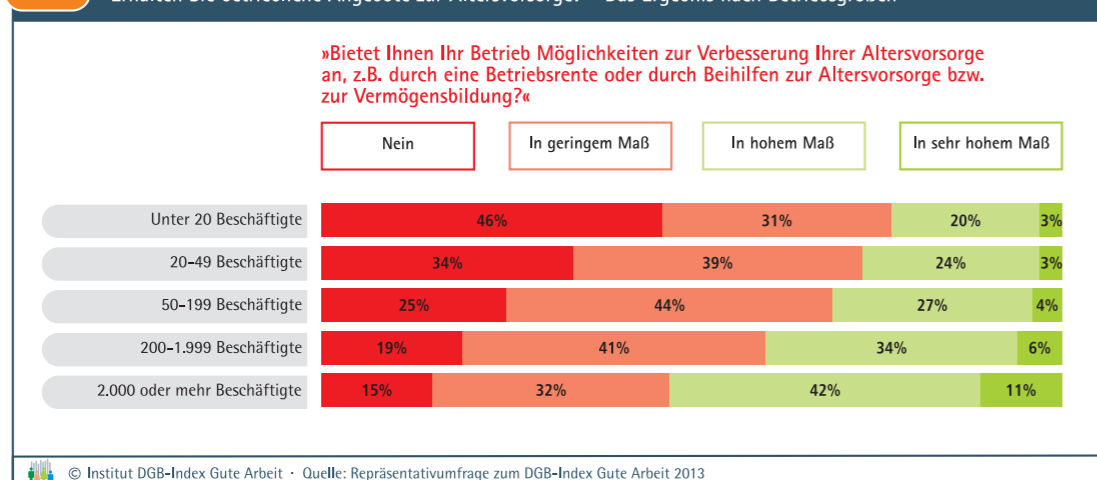


Abb. 11 Erhalten Sie betriebliche Angebote zur Altersvorsorge? – Das Ergebnis nach Betriebsgrößen



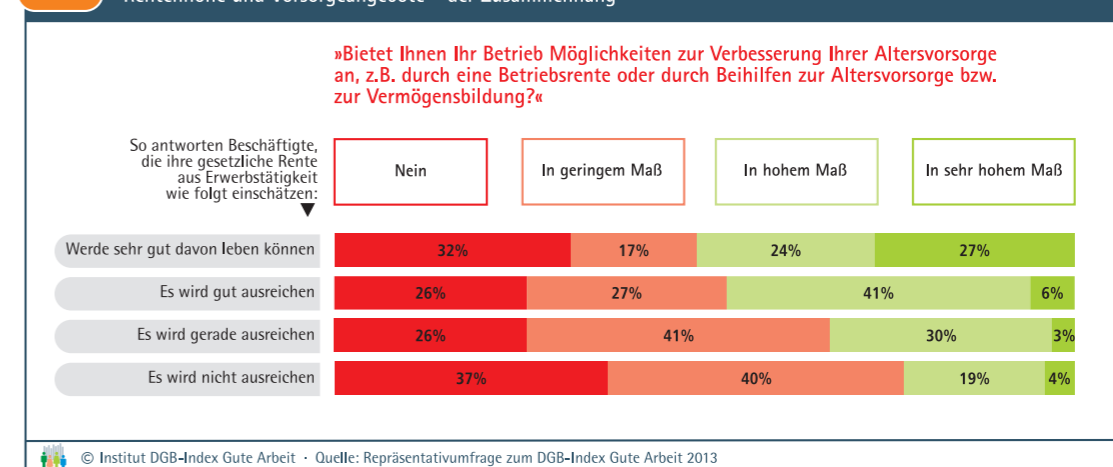
3. Höhe der Rente und Versorgungsangebote - die Zusammenhänge

Beschäftigte, deren gesetzliche Rente zum Leben nicht reichen wird, sind auch in der betrieblichen Altersvorsorge am schlechtesten gestellt. 37 Prozent von diesen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern werden sogar keine und 40 Prozent nur geringfügige Maßnahmen auf betrieblicher Ebene angeboten. Ein beträchtlicher Teil der Beschäftigten kann seine Rente also auch durch betriebliche Vorsorgemaßnahmen nicht so weit aufbessern, dass es zum Leben reichen würde.

Abbildung 12 dokumentiert das Gefälle: In hohem oder sehr hohem Maße Unterstützung durch Betriebsrenten und andere

betriebliche Hilfen zur Alterssicherung bekommen 51 Prozent der Beschäftigten, die mit ihrer gesetzlichen Rente nach eigener Einschätzung sehr gut auskommen werden, und 47 Prozent derjenigen, die davon gut leben können werden. Unter den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die davon ausgehen, dass sie mit ihrer gesetzlichen Rente gerade ein Auskommen finden werden, beträgt der Anteil derjenigen, denen Möglichkeiten zur betrieblichen Altersvorsorge geboten werden, hingegen nur 33 Prozent. Und unter denjenigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, für die es zum Leben nicht reichen wird, sind es gar nur 23 Prozent.

Abb. 12 Rentenhöhe und Vorsorgeangebote – der Zusammenhang



Betriebswichtig und gut versorgt - kein Zusammenhang

»Haben Sie den Eindruck, dass Sie durch Ihre Arbeit einen wichtigen Beitrag für den Betrieb leisten?« Beschäftigte, die auf diese Frage »Ja, in sehr hohem Maß« antworten, sind in Sachen betriebliche Altersvorsorge kaum besser dran als der Durchschnitt aller

Beschäftigten. Auch von denen, die sich in ihren Augen um ihren Betrieb sehr verdient machen, bekommen insgesamt 64 Prozent entweder gar keine (30 Prozent) oder nur geringfügige (34 Prozent) Möglichkeiten geboten.

42 Prozent werden von ihrer gesetzlichen Rente nicht leben können, 69 Prozent erhalten gar keine oder nur geringfügige Angebote zur betrieblichen Altersvorsorge

So beurteilen die Beschäftigten die Rentenlage

Ergebnisse der Repräsentativumfrage des
Instituts DGB-Index Gute Arbeit 2013

Oktober 2013

Die Umfrage

Der vorliegende Bericht basiert auf den Angaben von 5.793 abhängig Beschäftigten. Die Daten wurden im Rahmen der bundesweiten Repräsentativumfrage zum DGB-Index Gute Arbeit 2013 erhoben. Befragt wurden dabei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus allen Branchen, Einkommens- und Altersgruppen, Regionen, Betriebsgrößen, Wirtschaftszweigen und Beschäftigungsverhältnissen, gewerkschaftlich Organisierte wie Nicht-Mitglieder. Die Angaben der Angehörigen der wichtigsten Beschäftigtengruppen sind mit jeweils dem Anteil ins Umfrageergebnis eingeflossen, der ihrem bundesweiten Anteil an der Arbeitnehmerschaft entspricht. Das vorliegende Ergebnis ist damit repräsentativ für das Urteil der Beschäftigten in Deutschland.

Herausgeber

Institut DGB-Index Gute Arbeit
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin
Telefon 030 - 240 606 02
info@dgb-index-gute-arbeit.de
www.dgb-index-gute-arbeit.de

Datenanalyse

Umfragezentrum Bonn (uzbonn)

Umfrage durchführendes Institut

Umfragezentrum Bonn (uzbonn)

Redaktion

Peter Kulemann, büro für publizistik, Hamburg

Satz und Gestaltung

kahlfeldt und müller
Agentur für Kommunikation, Hamburg

Druck

Druckerei Zollenspieker Kollektiv GmbH, Hamburg

V.i.S.d.P.

Dieter Scholz, Institut DGB-Index Gute Arbeit

Nachdruck von Texten und Grafiken
nur mit Quellenangabe